

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktionsanschluß Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Postzeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 16

Cöln, den 29. Juli 1916.

IV. Jahrgang.

## Staat, Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung.

Wer wollte leugnen, daß der Weltkrieg manche Umwertung der Dinge im Gefolge gehabt hat. Ueber manche Dinge, die vorher, für das Wohl des Staates den führenden Kreisen des Volkes gleichgültig, ja oftmals sogar als schädlich erachtet wurden, wird heute ein anderes Urteil gefällt. Hierzu gehört auch ohne Zweifel die deutsche Arbeiterbewegung. Die Bedeutung des handarbeitenden Standes für die Produktion, seine wirtschaftliche soziale Lage und ihren Einfluß auf die Volkswirtschaft wurde zum großen Teil erkannt und gewürdigt. Unsere soziale Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung ist der beste Beweis hierfür. Weniger beachtet und gewürdigt wurden die geistigen Kräfte und Stimmungen. Seit Beginn des Krieges trat aber auch hier ein Wandel ein. Selbst bisher widerstrebende Elemente mußten, vielleicht mehr der Not, wie der eigenen Erkenntnis folgend, ihre Stellung ändern. Dieser Wandel der Dinge wird auch mit Beendigung des Krieges andauern. Die Gesamtstellung des deutschen Arbeiterstandes nach dem Kriege muß eine andere werden.

Der Generalsekretär des Gesamtverbandes, Kollege Stegerwald, hat nun in einer Abhandlung: „Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, für das Sammelwerk „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“, herausgegeben von Fr. Thimme (Leipzig 1916, Hirzel) dieses näher begründet.

Die Abhandlung geht aus von einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über das Aufkommen und das Sichdurchsetzen der einzelnen wirtschaftlichen Stände in Deutschland. Die Auffassung der nichtsozialistischen Arbeiterschaft findet eine ebenso knappe, wie übersichtliche Beleuchtung: Von der Beobachtung ausgehend, daß in Deutschland die älteren wirtschaftlichen Stände in revolutionärer Weise ins Staatsganze eingedrungen sind, hatte sich bei einem großen Teil der deutschen Arbeiterschaft die Auffassung festgesetzt, daß auch für die Arbeiterklasse ein anderer Weg nicht zum Ziele führen könne. Die fortgeschrittene Gesittung und die mit ihr zunehmende und sich vertiefende staatliche Einsicht, sowie die in der Gegenwart veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft im Vergleich zu früher haben indes immer mehr die Aussicht bestärkt, daß auch ein anderer Weg, nämlich die Durchführung staatlicher Sozialreform und eine zielbewusste Verbreitung sozialer Gesinnung, die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterklasse in den Staatsorganismus herbeizuführen geeignet ist. Dieser letztere Weg hat den Vorteil, daß er einerseits für die Arbeiterschaft nicht alles auf eine Karte setzt und daß andererseits, wenn er eingeschlagen wird, viele kulturelle, politische und ethische

Werte, auch für das Staatsganze, erhalten bleiben, die durch revolutionäre Bewegungen vernichtet würden.

Danach folgt eine Auseinandersetzung dessen, was die Gleichberechtigung der Arbeiter in sich zu begreifen hat: Die Einräumung der Gleichberechtigung besteht zunächst in der Anerkennung der Gleichwertigkeit des Arbeiterstandes, d. h. in der Anerkennung dessen, daß die Erhaltung und Förderung dieses Standes in ganz gleicher Weise im Interesse des Ganzen und aller anderen Einzelteile liegt, wie das den anderen Ständen längst zuerkannt ist. Weiterhin muß sich diese Anerkennung ausdrücken in der Einräumung gleichartigen Rechts und gleichartiger Verbindungen mit dem Staat und allen staatlichen Verwaltungseinrichtungen, wie das bezüglich anderer Stände bereits geschehen ist.

Die Anerkennung, die anderen Ständen zuteil wird, bezieht sich im allgemeinen auf drei Punkte: auf die Produktivität, auf die Konsumkraft und auf die staatliche und Kulturbedeutung. Nach einem kurzen Nachweis, daß und wie diese Anerkennung der Landwirtschaft und dem Unternehmertum längst zugute kommen, heißt es weiter: Unso auffälliger ist, daß bezüglich des Handarbeiterstandes, der doch eine viel größere Zahl umfaßt als die eben genannten, diese Anerkennung bisher noch nicht zugestanden wurde. Dabei ist die Produktionskraft der Arbeitermassen heute sicherlich von nicht geringerer Wichtigkeit auf die Entwicklung unserer Industrien und Gewerbe als das bei irgendeinem anderen Stande der Fall ist. Der Arbeiter ist in der deutschen Volkswirtschaft längst nicht mehr in dem Sinne, wie er es in den ersten Zeiten der Industrieentwicklung gewesen ist, bloße rohe körperliche Arbeitskraft, so daß die einzelnen Individuen leicht und wahllos durch andere ersetzt werden könnten. Bei der Differenzierung unseres Wirtschaftslebens in ein immer feinmaschigeres Gewebe vielgestaltiger Erwerbszweige und vollends bei dem Aufsteigen zu immer bedeutamer Qualitätsentwicklung unserer Industrie ist die körperliche Geschicklichkeit, geistige Fassungskraft, Anpassungsfähigkeit des Willens, technische Kenntnis und schließlich nicht zuletzt auch die Willfährigkeit des deutschen Arbeiters ein geradezu ausschlaggebendes Element des Fortschrittes der deutschen Industrie und vor allem ihrer Konkurrenzkraft im Welthandel geworden.

Ebenso besteht der viel gerühmte deutsche Inlandsmarkt doch nicht nur, wie es nach den Erörterungen eines großen Teiles der deutschen Presse scheinen könnte, auf der Kaufkraft des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Auch die Aufnahmefähigkeit der Arbeiterkäufer ist längst nicht mehr allein eine Stütze des deutschen Innenmarktes etwa nur nach der Masse der von dieser Bevölkerungsschicht gekauften Warenmengen, sondern ebenso auch für den Aufstieg der

deutschen Industrie-Qualität. Ist es doch anerkannt, daß ein hervorragender Zug des deutschen Wirtschaftslebens der Aufstieg zur Produktion von Massenqualität geworden ist. Mit der Höherentwicklung der Kaufkraft der städtischen industriellen Massen war sie auch befähigt, bessere Qualitäten aufzunehmen. Der wachsende und durch den Zollschutz gesicherte Inlandsabsatz solcher Waren verbesserte ihre Stoßkraft auf den Auslandsmärkten, und so wuchs auch dort die Qualität der deutschen Industrie zu einer früher ungeahnten Anerkennung. Dabei handelt es sich, es sei nochmals betont, speziell um Waren, die in allererster Linie wieder von der städtischen industriellen Bevölkerung gekauft werden.

Sehr ernste und eindringliche Worte findet der Verfasser für die unausbleiblichen schädlichen Wirkung einer etwaigen dauernden Vernachlässigung des Arbeiterstandes. Auf der anderen Seite läßt sich an dem Beispiel der Wirkungen der Sozialgesetzgebung dort, wie eine vorurteilsfreie Behandlung der Arbeiterchaft das Sicheinleben derselben in die staatliche Gemeinschaft erleichtert und fördert. Die Notwendigkeit einer solchen Behandlung wird denn auch zunächst aus politischen Gründen erhärtet. Der Verfasser kann sich als Beweis für die steigende Erkenntnis dieser Notwendigkeit auf die letzte preußische Thronrede berufen, die die Dringlichkeit einer erweiterten Anteilnahme aller Staatsangehörigen bei der Erledigung der staatlichen und Verwaltungsaufgaben klar herausstellte. In zweiter Linie sprechen volkswirtschaftliche Gründe für die gleichberechtigte Anteilnahme der Arbeiterchaft am Staats- und Gemeinschaftsleben. Insbesondere ist die Erkenntnis und Anerkennung der Bedeutung der Kaufkraft der breiten Massen für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens von ausschlaggebender Bedeutung. Je mehr befürchtet wird, daß auch nach dem Kriege der Wirtschaftskampf der Mächte nicht ganz erloschen sein wird, je mehr insbesondere nach dem Kriege wieder mit einem starken Konkurrenzkampfe, insbesondere auch seitens der nicht am Kriege beteiligten Mächte (Nordamerika, Japan), gerechnet werden muß, desto größere Bedeutung erlangt die Kaufkraft der breiten Massen im Innern des Reiches. Bleibt deren Lebenshaltung aber gedrückt, so bedeutet das eine gewaltige Einschränkung der bisherigen Kaufkraft des deutschen Innenmarktes. Und es hat ja schon vor dem Kriege nicht an Stimmen gemangelt, die die rasch steigenden Ausfuhrziffern Deutschlands nicht als ein Zeichen von Stärke, sondern in den letzten Jahren als ein Zeichen innerer Schwäche betrachteten. Das starke Wachsen der deutschen Ausfuhr sei verursacht gewesen durch die mangelhafte Kaufkraft, ja durch deren Einschränkung infolge der Teuerungsercheinungen der letzten Jahre. Die Folge davon sei gewesen, daß die deutsche Industrie sich veranlaßt gesehen hätte, einen steigenden Teil ihrer Produktion auf dem Auslandsmarkte unterzubringen. Infolge der dadurch sich verärfärfenden Konkurrenz hat sie das nur mit großen Schwierigkeiten und zu unglaublichen Preisen durchführen können, und so war die Konsumkrise vor allem der städtischen und industriellen Bevölkerung nahe daran gewesen, zu einer Abwärtskrise der deutschen Industrie zu werden. Stellen wir uns das vor Augen und betrachten wir die großen Schwierigkeiten, mit denen die Wiedergewinnung der Weltmärkte für uns ohne Zweifel verbunden sein wird, so leuchten ohne weiteres die schwereren Gefahren hervor, die aus der Nichtberücksichtigung der Konsumkraft der breiten Massen unserer späteren Wirtschaftsentwicklung erwachsen könnten. Der feinerzeit richtige Satz: „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt“, ist, wörtlich genommen, längst nicht mehr Wirklichkeit, was schon aus der Tatsache und ihren wei-

teren Folgerungen hervorgeht, daß bei der Berufs- und Gewerbezahl 1907 in der Land- und Forstwirtschaft nur noch 17,6 Millionen, oder 28,6% der Bevölkerung tätig waren. Mit den Ergebnissen der Tätigkeit dieses Bevölkerungsanteiles kann eine Volkswirtschaft für 70 Millionen Menschen nicht ausreichend befruchtet werden. Reichstagsabgeordneter Dr. Böttcher berechtigt den Gesamtconsum der deutschen Arbeiter jährlich auf rund 20 Milliarden Mark, wovon die Hälfte auf Nahrungs- und Genußmittel fallen soll. Nach solchen Feststellungen ist es denn auch eine schwer verständliche Einseitigkeit, die Arbeiter in volkswirtschaftlicher Hinsicht lediglich als Lohnempfänger hinstellen zu wollen. Der allein der gewerblichen Produktion aus Arbeitslöhnen wieder zufließende Betrag ist mindestens so hoch, wie die jährliche Gesamtausfuhr Deutschlands an Fertigfabrikaten vor dem Kriege. Die an die Arbeiter gezahlte Lohnsumme dient ebenso wieder zum großen Teile der Steigerung der Produktion, wie die für die Kriegsanleihen gezeichneten Beträge nach wenigen Monaten wieder zu neuen Kriegsanleihen Verwendung finden. Auch die meist aus Arbeitgebertreuen herrührende einseitige Auffassung, daß eine möglichst geringe Lohnquote die notwendige Voraussetzung für die Förderung der Produktion sei, ist weiter verbreitet, als es im staatlichen Interesse liegt.

Widerum wird auch Deutschlands Lebensinteresse an Qualitätsarbeit nochmals hervorgehoben. Die Heranbildung der dafür notwendigen steigenden Zahl von Arbeitskräften kann nur das Ergebnis einträchtigen, weitschauenden Zusammenarbeitens öffentlich-rechtlicher Einrichtungen mit den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sein, dessen unausweichliche Voraussetzung aber die gleichwertige Anerkennung der letzteren ist.

Drittens sprechen kulturelle Gründe für deren gleichberechtigte Einordnung in Staat, Wissenschaft und Gesellschaft. Ein Staat und Volk ist hinsichtlich des Weiterlebens seiner kulturellen Kräfte immer als ein Ganzes aufzufassen. Hochwertige Kräfte kommen und gehen. Es ist ein durch die Geschichte der Völker gehender gleichartiger Zug, daß die zeitweise an der Leitung der Geschichte befindlichen Schichten und Familien im Dienste der Gesamtheit ihre Kräfte verbrauchen und durch neue frische aus dem Untergrund des Volkslebens aufsteigende ersetzt werden müssen. Es ist gar kein Zweifel, und gerade der Krieg hat es tausendfach bewiesen, daß in den breiten Massen der städtischen industriellen Bevölkerung noch ein ungemein starker Fonds von geistiger Beweglichkeit, Kraft und Frische zu Hause ist. Dem muß die Möglichkeit gegeben werden, sich zu entwickeln, aufzusteigen und allmählich für Staat, Gesellschaft und Kulturentwicklung die Kräfte zu liefern, die der Gesamtheit notwendig sind. Es ist wiederum eine Erscheinung der Geschichte aller Völker, daß das Festhalten einer kastenmäßigen Abgeschlossenheit der oberen Schichten und die Entnahme der leitenden Kräfte nur aus ihnen zum Stillstand und zur Verknöcherung und damit zur Schwächung und zum Untergang der Staats- und Kulturkraft führt. Beispiele hierfür bilden China, Indien und nicht zuletzt auch die Schicksale des preußischen Heeres im Jahre 1806. Diese Spuren schrecken. Mehr als je sieht sich das deutsche Volk in seinem Existenzkampfe gegen alle Mächte rundum darauf angewiesen, alle Kräfte seines Volkstums zu hegen, zu pflegen und zu nutzen.

Diesen grundlegenden Ausführungen folgen überaus beachtenswerte Hinweise darauf, wo, die Anerkennung der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Arbeitermassen praktisch einzusetzen hat.



Wir werden in den nächsten Nummern näher darauf eingehen, insbesondere inwiefern die hier gegebenen Hinweise auf die Arbeiter und Angestellten der Gemeindebetriebe und Straßenbahnen zutreffen.

## Die Erhöhung der Fahrpreise der Straßenbahnen.

In letzter Zeit haben wir fast überall die Beobachtung gemacht, daß in den Kreisen der Straßenbahnverwaltungen Bestrebungen zu verzeichnen sind, die bisherigen Fahrpreise nicht unerheblich zu erhöhen. Bei den Bahnen in Breslau, Bonn, Düsseldorf, Rheydt, Aachen und in einer Reihe anderer Städte ist bereits eine Verteuerung der Fahrpreise eingetreten. An anderen Orten, wie Berlin, Leipzig finden noch Verhandlungen dieserhalb zwischen den verschiedenen Instanzen statt. Begründet wird eine Erhöhung der Fahrpreise mit den gestiegenen Löhnen, erhöhten Materialkosten, Zinslasten, Steuern usw. In einem kleinen Schriftchen über „die beabsichtigten Tarifierhöhungen der großen Berliner Straßenbahn“ (Verlag von J. Springer, 1915) weist Professor Schimpff darauf hin, daß diese Gesellschaft eine Vermehrung ihrer Einnahmen von 1 Million Mk. jährlich brauche. Von diesen seien 2 Millionen Mk. für Lohnerhöhungen, 500 000 Mk. für Mehrsteuern und Abgaben und 1½ Millionen Mk. für gestiegene Materialpreise aufzuwenden. Kürzlich hat dann der Direktor der Düsseldorfer städt. Straßenbahn, Stahl, in einem Artikel in der „Deutschen Straßen- und Kleinbahn-Zeitung“ ausführlich zu der Tarifrfrage Stellung genommen. Er weist dabei gleichfalls auf die in den letzten Jahren sehr gestiegenen Produktionskosten hin und leitet schon daraus die Notwendigkeit her, die Fahrpreise zu erhöhen, um die Einnahmen mit den Ausgaben wieder in Einklang zu bringen. Dazu komme, daß heute Leistung und Gegenleistung meist nicht im richtigen Verhältnisse zueinander ständen, was besonders beim 10 Pf. Fahrpreis der Fall sei. Darüber sagt Stahl: „Der 10 Pf.-Tarif ist in einer Zeit entstanden, wo der Kaufwert des „Groschens“ tatsächlich noch mit dem Stammwert übereinstimmte. Die Frage, ob bei hohen und höchsten Rabattsätzen für Zeitkarten dieser Wert auf die Dauer beibehalten werden kann, muß glatt verneint werden.“

Die Behauptung, billigere Tarife erhöhten die Verkehrssteigerung und damit die Einnahmen, sodaß der Einnahmefall damit gedeckt werden könnte, lehne er ab mit dem Hinweis, daß diese Verkehrssteigerung nur in den an sich verkehrreichen Stunden stattfindet, was keine bessere Ausnutzung der Anlagen, wohl aber neue große Ausgaben bedeuten würde. Er hält daher den 15 Pf.-Tarif für den besten. Diesem Werttarif müßten dann auch die Preise für Zeitkarten angepaßt werden, denen man keinen größeren Rabatt wie 40% einräumen dürfte. Interessant ist, was über die Arbeiterkarten gesagt wird:

„Diese Karten haben bei den Straßen- und Kleinbahnen in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Sie werden auch in Zukunft kaum abgestoßen werden können. Die Bedingungen, unter welchen Arbeiterkarten ausgegeben werden, sind mehr und minder verschieden. In den meisten Fällen sind die Preise so günstig, daß die Anzahl der Karten in den letzten Jahren gewaltig zugenommen hat, derart, daß die Arbeiterbeförderung anfängt, für einzelne Bahnen eine schwere Belastung zu bilden. Aber ganz abgesehen hiervon müssen die Arbeitertarife an und für sich einer Revision unterzogen werden. Sie stehen in gar keinem Verhältnisse sowohl zu der Leistung, als auch zu der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Die Straßen-

bahnen und Kleinbahnen müssen sich jedenfalls klar darüber sein, daß sie die Arbeiter nicht unter den Preisen der Preussischen Staatsbahnen befördern können. Man sollte grundsätzlich Arbeiterkarten nicht unter 1,5 bis 2 Pf. für das Kilometer verausgaben und für jede Fahrt einen Mindestsatz von 7,5 Pf. zu Grunde legen.“

Mit der Frage der Fahrpreiserhöhung befaßte sich am 11. März ds. J. auch eine außerordentliche Versammlung des Vereins deutscher Straßen- und Kleinbahnverwaltungen, die hierzu einen Beschluß faßte, in dem es u. a. heißt: „... Ein wirtschaftlicher Verfall der Bahnen und damit eine schwere Schädigung des öffentlichen Verkehrs ist im allgemeinen nur aufzuhalten durch baldige Festsetzung des Mindesttarifes auf 15 Pf. unter entsprechender Erhöhung der Vergünstigungstarife.“ Dieser Beschluß soll den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden zugesandt werden.

Ohne Zweifel können manche der Gründe die hier angeführt werden, nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. Insbesondere dann nicht, wenn die Straßenbahnen genau wie ein jedes andere gewerbliche Unternehmen als kapitalistische Unternehmen, in erster Linie dazu berufen, einen möglichst hohen Gewinn abzuwerfen, betrachtet werden. Bei den Bahnen in Händen der reinen Aktiengesellschaften und zum großen Teil auch diejenigen, die als ein gemischt wirtschaftlicher Betrieb angesprochen werden können, tritt dieser Charakter stets hervor. Die Rentabilität dieser Unternehmungen zu berechnen, ist aber für den Außenstehenden äußerst schwer. Die gezahlten Dividenden allein, als Maßstab hier anzulegen muß zu falschen Schlüssen führen. Die Höhe des gezahlten Strompreises, der Zustand der Betriebsmittel und Gleise, die Dauer der Konzeption usw. sind Umstände, die eine Bahngesellschaft mit recht niedriger Dividende zu einem recht rentablen Unternehmen machen können, während andererseits die Ausschüttung einer recht hohen Dividende nicht immer auf eine gesunde, rentable Kapitalanlage schließen läßt. Zu berücksichtigen ist des Weiteren die enge Verbindung der Elektrizitätsgesellschaften untereinander, der Kraftwerke und Maschinenfabriken zur Herstellung der Maschinen und sonstiger Bedarfsartikel für das ganze Bahnwesen und den Bahnen selbst. In sehr vielen Fällen haben es die großen führenden Elektrizitätsfirmen in der Hand, ohne Schädigung der Aktionäre, eine Bahn rentabel oder unrentabel erscheinen zu lassen, wie es gerade ihren Interessen entspricht.

So z. B. lassen sich die Geschäftsergebnisse der Straßenbahnen in Duisburg, Danzig, Kreis Hörde, Gölitz, Halle, Saartal, Straßburger Straßenbahn, Braunschweiger Straßenbahn-Gesellschaft, Straßenbahn Halle-Merseburg, Düsseldorf-Duisburger Kleinbahn, Linz-Urfahr und einer Reihe anderer Bahnen und Elektrizitätswerke nur beurteilen in Verbindung mit den der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft in Berlin, die entweder im Besitze aller oder eines erheblichen Teiles der Aktien der genannten Bahnen ist. Derartige große kapitalkräftige Gesellschaften bestehen aber mehrere, die wiederum in enger Geschäftsverbindung mit den großen Elektrizitätskonzernen stehen.

Selbst bei den städtischen Bahnen bietet der Reingewinn keinen Maßstab zur Beurteilung der Rentabilität. Hier spielt der Strompreis, die Abgaben für Straßenunterhaltung, die direkten Leistungen der Bahnen an die Stadtkassen „zur Bestreitung der allgemeinen Bedürfnisse der Stadt“ eine wesentliche Rolle.

Einen sicheren Maßstab zur Beantwortung der Frage: Sollen die Fahrpreise erhöht oder ermäßigt werden, ergibt

sich, wenn wir die Straßenbahnen weniger vom finanziellen, sondern mehr vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus betrachten. Von hier aus sind alle Bestrebungen auf Erhöhung der Fahrpreise entschieden abzulehnen. Schon seit Jahren waren die Wohnungszustände in den Städten eine gewisse Gefahr für unser Volkstum. Ungezählte Arbeiterfamilien sind in enge, ungesunde, von Licht und Luft abgeperrte Wohnungen eingepfercht. Wer wollte leugnen, daß hierdurch unsere Volkskraft nicht schwere Einbuße erlitten hat. Jetzt nachdem Hunderttausende von Männern im besten Alter, Leben und Gesundheit für den Bestand des Volkes gelassen haben, ist es doppelte Aufgabe aller, die dazu berufen sind, den Verlust nach Möglichkeit zu ersetzen und unsere Volkskraft für Kriegs- (wenn es unseren Feinden nochmals gelüsten sollte) und Friedensaufgaben zu erhalten und stärken. Eine wirksame Wohnungsreform ist aber ohne eine diesem Zwecke dienende Verkehrspolitik nicht möglich. Für Staat und Gemeinde ist aber eine großzügige Siedlungs- und Wohnungspolitik mit Hilfe eines diesen Zwecken dienenden Verkehrsweesen, viel wichtiger wie ein mehr oder weniger großer Ueberschuß aus den Verkehrsunternehmungen. Dieser oben bezeichnete Weg muß gegangen werden selbst auf die Gefahr hin, daß die Ueberschüsse verschwinden, ja sich sogar die Notwendigkeit von Zuschüssen ergeben sollte. Eine weitere Belastung der minderbemittelten Volkskreise, der großen Masse der Arbeiter und Angestellten mit kleinem Einkommen, die schon heute nicht mehr die geringe Zersplitterung, die ihm zugeteilt ist, infolge der hohen Preise für Lebensmittel kaufen kann, durch eine Verteuerung der Fahrpreise würde unerträglich sein. Auch nach dem Kriege wird voraussichtlich der alte Preisstand auf dem Lebensmittelmarkt nicht so bald wieder erreicht werden.

Die Befürchtung, durch eine vom sozialen Geiste getragene Tarifpolitik, eine Gefährdung der bisherigen Lohn- und Dienstverhältnisse und ihre weitere soziale Ausgestaltung für die Angestellten und Arbeiter der Straßenbahnen herbeizuführen besteht wohl für die Gemeindebetriebe zu Unrecht. Es wäre ja ein Widersinn auf der einen Seite eine soziale Wunde zu heilen versuchen und auf der anderen eine neue zu reißen.

Soweit dagegen die privaten Gesellschaften in Betracht kommen, ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere bei jenen Gesellschaften nicht, die in Verkennung der eigentlichen Aufgaben der Verkehrsinstitute der Dividendenjagd nachgegangen sind. Ihre Monopolstellungen gestatteten ihnen vielfach die Aktienkurse auf 200 Prozent, und ihre Dividenden auf 18 Proz. und darüber hinaus zu treiben. Jetzt nachdem sie zum Teil gezwungen sind, den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen, vielfach auch ihre Monopolstellung verloren haben, durch den Krieg nicht ganz unerheblich mehr belastet sind, wissen die Verwaltungsmänner nicht mehr recht ein und aus. Auf der einen Seite die größeren Anforderungen, verbunden mit höheren Ausgaben und auf der anderen die schwellenden Aktienäre und Aufsichtsratsmitglieder. Nun soll der Ausgleich durch höhere unsoziale Fahrpreise geschaffen werden. Immer deutlicher tritt in die Erscheinung, daß sich die rein kapitalistische Unternehmensform im Verkehrsweesen überlebt hat. So naiv sollte man die Bevölkerung nun doch nicht halten, ihr weiß machen zu können, die Bestrebungen nach Einführung der gemischt wirtschaftlichen Betriebe gingen von dem Gesichtspunkte aus, den Gemeinden streifen usw. den ihnen gebührenden Einfluß auf die öffentlichen Betriebe zu sichern. Nein: diese privaten Unternehmungen fühlen von Tag zu Tag immer mehr, die Unzulänglichkeit der rein privatkapitalistischen Betriebsform

der öffentlichen Betriebe und versuchen einen Teil der Verantwortung nun auf die Gemeinden, Städte usw. abzuwälzen. Sofern sich tatsächlich ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den verkehrs- und sozialpolitischen Aufgaben der Straßenbahnen und ihrer Rentabilität, betrachtet vom rein kaufmännischen Gesichtspunkte, ergeben sollte, bleibt nur ein Ausweg und auf den drängt die ganze Entwicklung hin, die Ueberführung in das Eigentum der Städte und Gemeinden. Nur so werden die Straßenbahnen den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden vermögen.

## Die Höchstpreise für Kartoffeln neuer Ernte.

Berlin, 15. Juli 1916. Auf Grund der §§ 1, 2 und 10 der Bekanntmachung über die Regelung der Höchstpreise vom 28. Oktober 1915 in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 ist folgendes bestimmt:

Der Höchstpreis für Kartoffeln aus der Ernte 1916 beträgt beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger für die Tonne:

vom 1. Aug. 1916 bis einschl. 10. August 1916	180 Mk.
vom 11. August 1916 bis einschl. 20. August 1916	160 Mk.
vom 21. August 1916 bis einschl. 31. August 1916	140 Mk.
vom 1. Sept. 1916 bis einschl. 10. Sept. 1916	120 Mk.
vom 11. Sept. 1916 bis einschl. 20. Sept. 1916	100 Mk.
vom 21. Sept. 1916 bis einschl. 30. Sept. 1916	90 Mk.
vom 1. Oktober 1916 bis einschl. 15. Febr. 1917	80 Mk.
vom 16. Febr. 1917 bis einschl. 15. August 1917	100 Mk.

Maßgebend ist der zu der vereinbarten Lieferungszeit geltende Höchstpreis.

Bei der Festsetzung der Kleinhandels-Höchstpreise werden die Gemeinden keiner Beschränkung unterworfen. Die aus § 4 der Bekanntmachung über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915 sich ergebende Verpflichtung der Gemeinden zur Festsetzung von Höchstpreisen bleibt unberührt.

Der Preis der Kartoffeln beträgt demnach für die Monate Oktober bis März 4 Mk. pro Zentner für die Bauern. Hinzu kommen noch die Transportkosten und die Unkosten im Kleinverkauf, so daß der Zentner für den Verbraucher wohl nicht unter 4.80 bis 5 Mk. zu erhalten sein wird. Aufgabe der Städte ist es nun, von ihrem Rechte und ihrer Pflicht, Höchstpreise im Kleinhandel festzusetzen, in richtiger Weise Gebrauch zu machen, denn ein Preis von 5 Mk. und in den anderen Monaten noch wesentlich darüber, ist wohl das alleräußerste, was die Mehrzahl der Arbeiter zu zahlen vermag. Hoffentlich treten auch nach der neuen Ernte nicht wieder die großen Schwierigkeiten zur Beschaffung von Kartoffeln hervor.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Kriegstagung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen. Ende August 1912 wurde der Gesamtverband deutscher Krankenkassen gegründet. 43 Kassen waren an der Gründung beteiligt. Die christlichen und Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine und der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband hatten die Initiative zur Gründung des Verbandes ergriffen. Die hervorragendsten Führer aller bürgerlichen Parteien erklärten mündlich oder schriftlich der Gründungsversammlung, daß sie die Errichtung des neuen Verbandes als notwendig erachteten und deshalb sehr begrüßten. Am 1. Januar 1913 begann der Verband seine ordentliche Tä-



tigkeit. Dem Gesamtverband deutscher Krankenkassen gehören zur Zeit etwa 430 Kassen an. Für Bayern, Baden, Rheinland, Westfalen, Schlesien und die Provinz Sachsen sind bereits Landesverbände gegründet worden, die sich ausgezeichnet entwickeln. Die Gründung von Landesverbänden für andere Provinzen steht noch bevor.

Der Verband wurde gegründet, damit die Krankenkassen Gelegenheit bekamen, sich einer parteipolitisch vollständig neutralen Organisation anzugliedern, zumal sich immer mehr herausstellte, daß der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Sitz Dresden, immer mehr und mehr sich der sozialdemokratischen Parteibewegung zuneigte. Der Vorstand des Gesamtverbandes ist deshalb auch von Vertretern aller Partei- und Gewerkschaftsrichtungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, zusammengesetzt, sodaß seine Neutralität dadurch vollständig verbürgt ist.

Am 26. und 27. Juni d. J. hielt der Gesamtverband deutscher Krankenkassen zu Berlin eine Kriegstagung ab, die sehr stark besucht war. Das preußische Kriegsministerium, das Reichsversicherungsamt, das Reichsgesundheitsamt und das Berliner Oberversicherungsamt hatten Vertreter entsandt.

Die wichtigsten Fragen, die zur Zeit das Versicherungs-wesen berühren, standen zur Beratung auf der Kriegstagung. Ueber die Mitwirkung der Krankenkassen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten sprach der Vorkämpfer in diesem Kampfe, Professor Dr. Wlaschko-Berlin. Volksbürovorsteher Dieck-W.-Glabach begründete in längerer Rede die Vorschläge zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung, die der Vorstand des Gesamtverbandes der Kriegstagung unterbreitete. Ueber die Arzneiversorgung der Zivilbevölkerung, vor allem der Krankenkassen, sprach Verwaltungsdirektor Meyer-Essen; die Frage der Einstellung Kriegsbeschädigter bei den Krankenkassen erörterte der Vorsitzende des bayerischen Krankenkassenverbandes, Rechtsanwalt Habereeder-Passau; über das Verhältnis der Zwangskassen zu den Erstkassen sprach Mendant Greve-Essen; die Entschädigung der Landesversicherungsanstalten für die Beitragseinzahlung und den Kartenumtausch an die Krankenkassen wurde von dem Geschäftsführer der allgemeinen Ortskrankenkasse Bonn Eichhoff behandelt; die wichtige Frage des Erskauspruches der Krankenkassen für Aufwendungen an Kriegsbeschädigte war das Thema eines Vortrages des Geschäftsführers Reisenrath von der allgemeinen Ortskrankenkasse Gelsenkirchen. Ueber das Berliner Ärzteabkommen berichtete Reichstagsabgeordneter Becker, der auch den Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, erstattete. Die Kriegstagung bewies, daß die Krankenkassen in dem neuen Gesamtverband, der sich so außerordentlich günstig entwickelt hat, eine tatkräftige Vertretung gefunden haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Gesamtverband, trotzdem er erst einige Jahre tätig war, sich großen Einfluß errungen hat bei der Reichsleitung sowohl wie bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und auch im Parlament. Demgemäß waren dann auch seine Erfolge. Der gedruckte Geschäftsbericht beweist es. Er wird jeder dem Gesamtverband oder einem seiner Landesverbände angeschlossenen Kasse in einem Exemplar gratis zugestellt.

Nicht nur für die Kassenpraktiker, sondern für jeden Sozialpolitiker gibt der Bericht eine Fülle von Anregungen und Material, sodaß seine Anschaffung nur empfohlen werden kann.

Ueber die Kriegstagung wird ein gesonderter, gedruckter Bericht (in Broschürenform) erscheinen. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Dem Schlußwort des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Behrens, daß die Notwendigkeit des Verbandes sich durch seine günstige Entwicklung und seine erfolgreiche Tätigkeit bewiesen habe und deshalb nur dringend gewünscht werden könne, daß alle noch fernstehenden, der Richtung des Verbandes sich zuneigenden Kassen ihm anschließen möchten, können wir nur beipflichten. Wir erfordern deshalb alle Gewerkschaftsmitglieder, für die Ausbreitung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen nach Kräften tätig zu sein im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer Krankenkassen und der ganzen sozialen Versicherung.

Eine Ausstellung für soziale Fürsorge findet in der Zeit von jetzt bis 15. Oktober in Brüssel statt. Sie soll ein Bild der deutschen Sozialversicherung und ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheitspflege, insbesondere auf die Wohnungsfürsorge, die Verhütung von Volksseuchen, von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten geben. Durch Lichtbildervorführungen in dem Ausstellungstheater will man die Ergebnisse der Arbeiter- und Angestelltenversicherung erläutern. Mit der Durchführung der Ausstellung ist die Zentralstelle für Sozialfürsorge des belgischen Roten Kreuz beauftragt worden. Auch deutsche Abgeordnete, darunter Kollege Gubits, wirken daran mit. — In Feindesland ein Bild deutscher sozialer Fürsorge — dahinter donnern die Kanonen.

## Rundschau.

**Auszeichnungen.** Mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet wurden die Kollegen Wilhelm Müller, und Heinrich Fuß, Mitglieder der Ortsgruppe Cöln Straßenbahner. Unsern herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

**Kriegszieleingaben und christliche Gewerkschaften.** In der Tagespresse ist in der letzten Zeit verschiedentlich behauptet worden, außer anderen Organisationen habe sich auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften der bekannnten Kriegseingabe sechs großer Wirtschaftsverbände angeschlossen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat es vielmehr abgelehnt, derartigen Eingaben seine Unterschrift zu geben. Im vorliegenden Falle haben lediglich einzelne Personen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften an den einschlägigen Besprechungen teilgenommen, ohne jedoch bindende Erklärungen abzugeben. Von einem korporativen Anschluß kann gar keine Rede sein. Noch viel weniger kann davon die Rede sein, als ob die christliche Gewerkschaftsbewegung irgend etwas mit den unverantwortlichen Stänkereien gegen den Reichskanzler zu tun habe.

**Kriegsbeschädigtenfürsorge der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands.** Der Deutsche Arbeiterkongress, der die Zusammenfassung der gesamten christlich-nationalen Arbeiter und Angestelltenbewegung Deutschlands darstellt und bei Kriegsbeginn 1 1/2 Millionen Mitglieder zählte, hat am 1. Juni d. J. in Berlin (Pl. 58, Schönhauser-allee 130, Fernsprecher: Norden, 4265) eine eigene Geschäftsstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge errichtet, die seinen kriegsbeschädigten und im Kriege erkrankten Mitgliedern unentgeltlich mit Rat zur Verfügung stehen soll. Mit der Leitung der Geschäftsstelle ist der in der Krüppelpflege praktisch tätig gewesene Gewerkschaftsvorsitzende Georg Streiter vom Verbands der Krankenpfleger betraut worden, durch dessen bisherige Mitarbeit an den maßgebenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Einrichtungen (Reichsausschuß, Brandenburgischer Landesbeirat, Stadt Berlin, Zentral-Komitee vom Roten Kreuz usw.) die Gewähr dafür gegeben ist, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch weiterhin in engster Anlehnung an die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge arbeiten wird. Diejenigen unserer Mitglieder, die die Geschäftsstelle in Anspruch nehmen wollen, müssen sich unter kurzer, aber genauer Darlegung ihrer Verhältnisse an die persönliche Adresse des Leiters der Geschäftsstelle wenden. Militärpapiere (Paß usw.) sind als Einschreibebriefe zu senden. Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen. Unsere Ortsgruppen, Zahlstellen usw. sind verpflichtet, alle ihnen bekannt werdenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Angelegenheiten der einzelnen Berufe, Zeitungsnotizen und dergl. ebenfalls an die neue Geschäftsstelle zu senden.

**Löhnung für Beurlaubte.** Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Marquart bekräftigte das Kriegsministerium, daß bei Beurlaubungen von Mannschaften und Unteroffizieren Löhnung und Verpflegungsgeld zuständig sind, gleichgültig ob es sich um Heimat- oder Erholungsurlaub handelt. Dagegen werden bei häufig wiederkehrenden Urlaub — Sonntagsurlaub und dergl. — sowie Beurlaubungen zu Hilfeleistungen in fremden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben keinerlei Gebühniffe gewährt.

**Vom Hamstern.** Der Vorwurf des Hamsterns wird oft gegen städtische Haushalte erhoben. Demgegenüber sei hier mitgeteilt, zu welchem Ergebnis die Verwaltung Kölns gelangte, als sie den Bestand an Nahrungsmitteln in Haushaltungen erfaßte. Insgesamt wurden 5052 Kilogramm Zucker und 2118 Kilogramm Fleisch und Wurst in 1685 Haushaltungen vorgefunden. In der Marienburger Straße hat man die größten Nahrungsmittelmengen gefunden, sie beliefen sich auf 533 Kilogramm Zucker und 279 Kilogramm Fleischwaren und verteilten sich auf 31 Haushaltungen. In manchen Straßen hat man überhaupt keine Fleischvorräte gefunden, und in der Großen Telegraphenstraße und vor St. Martin erreichten die vorgefundenen Zuckervorräte im Durchschnitt noch nicht 1 Kilogramm auf einen Haushalt. Auch in München sind bei der dortigen Hamsterkontrolle nur sehr wenig Vorräte entdeckt worden. Trotzdem ist eine häufige Prüfung zweckmäßig. Dann ist es aber ein richtiges Gebot der Gerechtigkeit, nun auch auf dem Lande einmal zu kontrollieren, ob es dort ähnlich ist.

## Arbeiterbewegung.

### Jahresberichte der christlichen Gewerkschaften.

Der Zentralverband christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter zählte am Schluß des letzten Berichtsjahres 3470 Mitglieder, gegen 4917 Ende 1914 und 11220 Ende 1913. Die Gesamteinnahmen für 1915 beliefen sich auf 135104 Mk. Die Ausgaben auf 105433 Mk. Das Vermögen betrug am Jahreschluß 61121 Mk., etwa 9000 Mk. weniger wie im Vorjahr. Für 1549 Verbandsmitglieder wurden Lohnverbesserungen oder Teuerungszulagen erzielt, die pro Woche 5117 Mk. ausmachten.

Der Zentralverband christlicher Maler hatte von 4151 Mitgliedern, die vor dem Kriege vorhanden waren. Ende 1915 über 3000 unter den Fahnen stehen. Dieser starke Mitgliederzuwachs hat selbstverständlich auch die Massenverhältnisse ungünstig beeinflusst. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen im letzten Berichtsjahr um 4667 Mk. (1914 um etwa 10000 Mk.). Die Jahreseinnahme 1915 betrug 18678 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 23346 Mk. Der Barbestand der Hauptkasse betrug Ende 1914 26545 Mk.; Ende 1915 21878 Mk., das Gesamtvermögen des Verbandes 24074 Mk.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter berichtet über einen Mitgliederbestand von 4062 Ende 1915 gegenüber 8772 im Vorjahre, während Ende 1913 die Zahl 17689 erreicht war. Die Einnahmen im letzten Jahre betrugen 235733 Mk., die Ausgaben 230416 Mk., das Verbandsvermögen 636984 Mk. Für Unterstützungen hat der Verband vorausgab 1913: 232137 Mk., 1914: 434351 Mk., 1915: 128487 Mk.

Der christliche Metallarbeiterverband hatte Ende vergangenen Jahres noch 16000 zahlende Mitglieder, etwa 20000 waren zum Kriegsdienst einbezogen. An Mitgliederbeiträgen wurden im letzten Jahre 429131 Mk. vereinnahmt gegen 303933 Mk. im Jahre vorher. Das Verbandsvermögen weist eine kleine Steigerung auf und belief sich auf 1775322 Mk. Der Bericht des Metallarbeiterverbandes weist darauf hin, daß sich unter dem Eindruck des Krieges ein besseres Verhältnis zwischen den Organisationen der verschiedenen Richtungen angebahnt hat. Im rheinisch-westfälischen Gebiet hat dies schon zu einer Arbeitsgemeinschaft zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geführt. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Verständigung anhalten und den Krieg überdauern möge.

Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz werden durch den Krieg auch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Es ist das verständlich, weil auch in der Schweiz viele Mitglieder zu den Fahnen gerufen worden sind. Etwas ausgeglichener wurden die Verluste wieder durch den Anschluß der Buchdrucker-Gewerkschaft an die christliche Gewerkschaftsbewegung. Dieser Verbund, der bis dahin seine eigenen Wege ging, hat sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, um dort einen besseren Rückhalt zu finden. Die Finanzverhältnisse der einzelnen Verbände waren Ende 1915 folgende:

	Einnahmen	Ausgaben	Rassenbestand
Holzarbeiter	8 560.10	15 712.53	31 911.06
Metallarbeiter	3 002.64	3 231.57	13 094.38

Textilarbeiter	4 398.08	2 621.68	8 544.39
Bauarbeiter	1 517.14	1 407.10	7 260.74
Maler	2 853.77	2 310.08	16 887.99
Buchbinder	1 519.85	1 866.—	4 962.70
Bekleidungsbranche	1 806.76	1 271.30	2 979.91
Gemischte Berufe	1 387.25	1 745.92	2 171.32
Buchdrucker	8 241.37	10 025.72	30.000.—
zusammen: Fr. 33 286.96		40 181.90	117 813.09

Einer Einnahme von 33 286.96 Fr. steht also eine Ausgabe von 40 181.90 Fr. gegenüber, während das Vermögen 117 813.09 Fr. beträgt. Für Unterstützungen wurden in den einzelnen Verbänden im Jahre 1915 ausgezahlt 19 746.05 Fr. Es sind das etwa 5000 Fr. weniger wie im Jahre vorher.

## Literarisches.

„Deutsche Arbeit“ Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, Köln, Denloerwall 9. Das soeben erschienene Augustheft enthält folgende größere Abhandlungen 1. Hans Wohlmannstetter: „Schule und Arbeiter“, 2. Bergrat Otto Jüngst: „Technische Schulen und Einjährigenberechtigung“, 3. Johann Bergmann: „Genossenschaftliche Selbsthilfe im Wohnungswesen“, 4. Kaplan Math. Maus: „Praktische Arbeit für den Haushalt“, 5. Adolf Berger: „Theater und Arbeiter“. Außerdem enthält der erste Teil ein Gedicht von Conrad Overstolz: „Wandel durch die Zeit“ sowie eines von dem großen Dichter der Arbeiter Josef Winkler: „Die Vision“. In der Rundschau schreibt Georg Franz Köhr über „Arbeitsrecht“, Heinrich Dieck über „Arbeiterversicherung“ Benedikt Schmittmann über „Öffentliche Gesundheitspflege“ und A. B. Sprungmann über „Jugendbewegung“.

## Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen Essen und Bromberg. Letztere Ortsgruppe hat die Abrechnung pünktlich getätigt. Durch ein Versehen auf der Hauptgeschäftsstelle ist die Veröffentlichung damals unterblieben.

Die Abrechnung vom 2. Quartal sandten ein die Ortsgruppen: Dillingen, Würzburg (Straßenbahner), Trier, Pasing, Starnberg, Mannheim (Straßenbahner), Siegen, Bonn-Dransdorf, Amberg, Bromberg, Grefeld, Mannheim (Gemeindearbeiter), Weiden und Landsküt.

Vom 1. Quartal sind noch 3 Ortsgruppen mit der Abrechnung im Rückstand. Wir verweisen dieselben auf § 53 der Satzungen und ersuchen um sofortige Einsendung. Der Zentralvorstand.

## Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege  
**Wilhelm Derkm,**  
 Mitglied der Ortsgruppe Köln Gemeindearbeiter.  
 Ehre seinem Andenken!



Den Heldentod für König und Vaterland starb  
 unser Kollege

## Theodor Hech,

Mitglied der Ortsgruppe Düsseldorf,  
 Straßenbahner.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken  
 bewahren.